

der Strafprozessualen Vernehmung des Staatswirts. Die Verteidigung befindet sich auf der Leitung des Dr. Henninger als Sachverständigen. Inzwischen dürfte es wenigstens als Folge darüber demontieren werden, dass er sich geäußert habe, er betrachte die „Wahrheit“ als Gegenstand gegen die demokratische Sensationspresse. Ferner beantragt die Verteidigung, den ausweisenden Reichstagsabgeordneten Werner als Sachverständigen zu benennen, der behauptet, dass die „Wahrheit“ kein Sensationsblatt, sondern tatsächlich ein Organ der Deutschen Reformpartei sei. Der Vorrede bemerkt noch, dass Polizeirat Henninger sich auf einer Auslandsreise befindet. Die Verteidigung zieht den Antrag, die Vernehmung des Dr. Henninger als Sachverständigen zurück, behält sich aber vor, ihn als Zeugen zu laden. Die Vernehmung des Reichstagsabg. Werner als Sachverständigen wird vom Gericht abgelehnt.

Der Angeklagte Dr. Bruhn gibt an, daß er im Oktober 1905 die „Wahrheit“ und zwar aus eigenen Mitteln, gegründet habe. Er habe eine antilettische Wochenzeitschrift gründen wollen, sei aber dabei mit einem Herrn Richard Dietrich in Verbindung gesetzt, der nicht antilettisch war. Der Angeklagte gibt zu, auch Sensationen zu verbreiten zu haben, wie das auch die andere große Zeitschrift. Es sei nur darum etwas mehr Sensation gemacht, damit das Blatt sich in einem größeren Verleskreis einführe. Auf die Vorhaltung des Vorredners, daß intime Familienangelegenheiten erörtert worden seien, behauptet der Angeklagte, es handle sich dabei nur um weiß erfundene Blaudereien. Er habe einen Spezialisten für beraterische Pisanterien und Erfindungen gehabt, nämlich einen Herrn Schwarz. Nachdem Dietrich ausgedrückt und die große Mode geändert habe, seien diese Sensationen abgelehnt worden. Ferner erklärt der Angeklagte, er sei aus dem Deutschen Antilettentbund freiwillig ausgeschieden. Der Vorrede weist dann auf die fetten Liebesbriefe hin, mit denen mancher Artikel, namentlich die Sensationsartikel auf der dritten Seite, versehen waren. Der Angeklagte erwidert darauf, daß die Liebesbriefe auf der ersten Seite in weit größerer Schrift gesetzt waren als die Sensationsartikel auf der dritten Seite. Der Vorrede erwähnt dann den Artikel „Der tote Israel und der lebende Sibirien“. Angeklagter Bruhn: Ich hielt es für meine Pflicht, darzutun, daß Israel dadurch in den Tod getrieben wurde, daß Sibirien ihn per sepe imma beschuldigte.

Auftrag wird der Sachverständige Fluge vernommen. Paul Fluge, Inhaberredakteur der Wörschen Zeitung, gibt an, er betrachte die „Wahrheit“ als Sensationsblatt. Es ergab sich, daß die Inzerenten der „Wahrheit“ nicht angegriffen wurden. Mindestens in dem Fall Wolf Wertheim der Jahreslang angegriffen wurde, hat der Sachverständige festgestellt, daß die Angriffe unterblieben, nachdem Wolf Wertheim Inzerent hatte.

Der Vorrede hält sodann dem Angeklagten vor, daß oftmals der Text verlesen wurde, den Anfang der Überschrift eines Artikels in fetter Schrift den Rest in kleiner Schrift zu setzen. Dadurch seien sensationelle Erörterungen in dem Leser erzeugt worden. So hieß es z. B. in fetter Schrift: „Die Reichstagswahl in der Presse“, worauf dann in kleiner Schrift die Worte folgten: „des Reichstagswahlkampfes“. Eine Liebesbriefe lautete in fetter Schrift: „Die Gerichte über das Reichstagswahl“, und darunter in kleiner Schrift: in Bonn oder in Paderborn. Von der Korrespondenz habe es geheißt, sie sei das Organ der Reichstagswahl und Reichstagswahlkampf, im nächsten Artikel sei sie jedoch vom Organ der Reichstagswahl absondelt. (Heiterkeit.) Der Angeklagte Bruhn antwortet auf diese Vorhaltung, er habe wenig in Sensation gemacht, aber die fetten Wörtern, Schrift und Masse machten das ja in noch viel größerem Maßstab und seien reich dabei gewesen. Die unter dem Titel „Wahrheit eines Lebemanns“ erschienenen Artikel seien eine Erfindung des Richard Dietrich gewesen.

Sodann wird Chefredakteur Dr. Paul Liman als Sachverständiger vernommen: Die „Wahrheit“ sei ein Organ einer der vielen antilettischen Parteien und auch einer Mittelstandspartei. Die Zeitungsartikel verfolgen eine national antilettische Tendenz. Aber sie seien mit unangenehmen persönlichen Momenten durchsetzt. Kreilich sei die Sensation eine Zeiterscheinung, von der sich auch Wälder wie die Wälder der Welt nicht freihalten. Die Schilderungen aus den Kreislagen der Welt in der „Wahrheit“ seien in unangenehmem Gegensatz zu der reformatorischen Tendenz der Zeitungsartikel. Andererseits seien die vielen Annoncen der Reichstagswahl in der „Wahrheit“ wohl darauf zu erklären, daß die Redaktion wegen der genannten Artikel die Wahrheit liebt. Der Angeklagte verweist darauf, daß er auch Inzerenten von Herwig, vom Reichstagswahlkampf, erzählt über die Frage, ob die Wahrheit ein Reklamierblatt mit repressiveren Absichten gewesen sei, erklärt Sachverständiger, sich vor Feststellung von Einzelheiten in der Verhandlung nicht ausdrücken zu können. Er möchte nicht entscheiden den Artikel, der sich mit dem Schicksal der Doll Reichstagswahl der Inzerenten eines Teilnehmer der Reichstagswahl befaßt. All der obernennenden wirtschaftspolitischen Bekämpfung der Reichstagswahl durch die Wahrheit habe doch diese Familiengehalte nichts zu tun gehabt. Das Vorgehen des Herrn Bruhn in diesem Falle sei sehr unangenehm, jedoch sei ein Zusammenhang zwischen dem Artikel und Inzerenten von ihm nicht festgestellt worden. Auf Verlangen des Reichstagswahlkampf erklärt der Sachverständige, daß der Einfluß der Inzerenten auf das Zeitungswesen eine sehr subtile Frage sei. Der Verleger ist naturgemäß betriebl. wenn ein großer Inzerent infolge der Zügellosigkeit des Redakteurs abspringt. Bei großen Zeitungen jedoch pflegt kein Konnex zwischen Redaktion und Inzerentenabteilung zu bestehen. In kleinen Blättern läßt sich eine Rücksichtnahme auf den Inzerenten wohl nicht immer vermeiden. Sie und da wird eine solche Rücksichtnahme, z. B. bei Emissionen, auch bei großen Blättern vorkommen. Im allgemeinen aber ist es ausgeschlossen, daß die Redaktionen größerer Blätter sich vom Inzerenten beeinflussen lassen. Der Angeklagte verteidigt seinen Artikel über den Fall der Doll Reichstagswahl mit der persönlichen Anspielung, die der Kampf zwischen Juden und Christen nun einmal angenommen habe. Rechtsanwältin Verdenberg verweist dabei auf die Mitteilungen zur Abwehr des Antilettentismus. — Vorredner: Schön ist es jedenfalls nicht. — Angeklagter: In der Wahrheit ist überhaupt nichts schön. — Vorredner: Dann hängen Sie doch die Sache an den Nagel. (Heiterkeit.) (Fortsetzung folgt.)

### Deutsches Reich. Wilhelm II. in Brüssel. Nicht Hof noch Reizige ..

Die belgischen Behörden haben für die drei Tage, an denen der deutsche Kaiser in Brüssel weilen wird, ein großes Aufsehen der Sicherheitsmaßnahmen zusammengezogen. Aus allen Teilen des Landes sind Polizisten und Gendarmen hierher geschickt worden, die das hundert Mann starke deutsche Polizeikorps, das von einem höheren Berliner Polizeibeamten geleitet wird, unterstützen sollen. In den Bahnhöfen, besonders im Nordbahnhof, wird schon jetzt die stärkste Aufsicht geübt. Die Wache, Pensionäre und Abteilungsquartiere werden auf das sorgfältigste kontrolliert. Die Brüsseler Polizei hat mehrere Kasernen übernommen, um alle etwa „Verdächtigen“ hinter Schloß und Riegel zu bringen. Genosse Vandervelde hat dem Brüsseler Bürgermeister versichert, daß aus der Mitte der Partei an den Verhandlungen gegen Kaiser Wilhelm keine Manifestation zu erwarten sei. Heute, Dienstag, wird der kurze Weg vom Nordbahnhof bis zum Bahnhof durch 10 000 Soldaten und außerdem noch durch die belgische Polizei besetzt gehalten werden. Der Eisenbahnverkehr auf dem Nordbahnhof wird schon um 1 Uhr mittags, also zwei Stunden vor der Ankunft

des Kaisers, so auf wie eingestellt. Ein sehr zu mißbilligendes Verfahren hat man gegen die Presse für gut befunden: Die Journalisten dürfen, obwohl sie Passierscheine bis zum Bahnhof erhalten, dem Empfang nicht auf dem Bahnhofsplatz zusehen, der dem Hofzuge zunächst liegt, sondern sie werden in Eisenbahnwaggons eingesperrt und dürfen nur durch die Fenster der Waggonskassie das Schauspiel verfolgen.

Solche Vorregeln waren bis jetzt nur in Deutschland bekannt, um den von seinem Volke mit solcher Zubrucht geliebten russischen Zaren zu beschirmen.

#### Die Fleischpreise.

Nach der Stat. Korresp. betragen die häufigsten Preise für Fleisch im Kleinhandel im Wochendurchschnitt der ersten Hälfte des Oktober — die Zahlen der zweiten Hälfte September sind zum Vergleich in Klammern beigefügt — im Gesamtdurchschnitt für 1 Kilogramm Rindfleisch 170,2 (168,9) Pf.; Kalbfleisch 189,1 (188,6) Pf.; Hammelfleisch 175,5 (174,8) Pf.; Schweinefleisch 164,7 (164,0) Pf.; Pferdefleisch 77,2 (77,0) Pf.; Schinken im ganzen 260,2 (257,7) Pf., im Ausschchnitt 346,2 (345,6) Pf.; Speck 190,1 (189,6) Pf.

Also überall ein weiteres Steigen der Fleischpreise. Es ist eben alles teurer geworden, ich merke das eben so gut“, hieß es in der Berliner Fleischnotrede. Wahrscheinlich wird man sich an sächsischen Hofe demnächst zum strengen Vegetarismus entschließen müssen. Denn für die Massen des Volkes gibt es nach dem Zeugnisse preussischer Minister keine Fleischnot. Nur die Könige merken sie.

#### „Gemäßigte“ Hierlosigkeiten.

Der Präsident des Deutschen Flottenvereins, Großadmiral v. Köster, hat auf der Tagung des Landesverbandes von Sachsen-Weimar eine Rede gehalten, in der er bestritt, daß der Flottenverein auf unerlöste Flottenrüstungen hindränge. Er behauptete, mit dem Flottengesetz sei eine Grundlage für ein Uebereinkommen mit England über die gegenseitige Stärke der Flotte geschaffen worden. Daraus könnte England ersehen, wie weit die deutschen Rüstungen gehen sollen, und der Flottenverein strebe „durchaus nicht“ darauf hin, etwa über den Rahmen des Flottengesetzes hinaus erhebliche Neuforderungen durchzusetzen. So ganz ohne neue Forderungen ging es aber doch nicht ab, denn der Redner verlangte, daß von 1912 an ein Panzer-Kreuzer jährlich mehr auf Stapel gelegt werden müsse, als im Flottengesetz vorgesehen ist. Er begründete dieses Verlangen mit gesteigerten Auslandsinteressen, die eine kräftige Vertretung der deutschen Flotte im Ausland bedingten.

Zuletzt ein Panzer-Kreuzer mehr, und bis zum Jahre 1917 würden fünf Schiffe über das Flottengesetz hinaus gebaut sein, was eine Mehrausgabe von mindestens 100 Mill. Mark bedeuten würde. Offenbar hat sich Herr v. Köster nur deshalb eine gewisse Reserve anerkennend, weil die Reichstagswahlen vor der Tür stehen und der Flottenverein notfalls nicht dazu beitragen will, die schwierige Situation der Regierung noch schwieriger zu gestalten. Mit seinen eintönigen Plänen wird der Flottenverein wahrscheinlich erst herausgerückt, wenn die Reichstagswahlen vorüber sind.

#### Leibsch.

Die Freizügigkeit bringt einen umfangreichen Artikel, überschrieben „Was nun?“, der ihr von einem Parteifreund eingeschickt worden ist. Da die Redaktion keinerlei Bemerkung zu dem Artikel macht, darf man ohne weiteres annehmen, daß die darin niedergelegten Ansichten auch der Auffassung der Redaktion voll entsprechen. Der Verfasser schildert zunächst die Zustände, wie sie sich gegenwärtig entwickeln in folgender Weise:

Die Verleumdungen des Kaisers und Kronprinzen, die pöbelhaften Beschimpfungen des auf deutschem Boden das Kaiserreich geltenden Jaren, die jüdische Frechheit der Presse, die Verherrlichung der Revolution mit ihren Schreden und dem Ziele der sozialistischen Republik, die hochherdrücklichen Drohungen im Falle einer äußeren Verwicklung, die immer wüthendere Verheerung und Verrohung der Massen, namentlich der noch ganz unreifen Jugend, das gezielte Streikverbot mit der brutalen Bedrohung der Arbeitsschlichter und mit dem Ziele des Massenausfalls, welcher dann nach den neuesten Verheerungen in der Verleumdung der Kaiserin durch sozialdemokratische Referenten und dem Erschießen der Offiziere durch die Mannschaften seine höchste Steigerung erfahren soll, endlich der blutige Widerstand gegen die Organe der Obrigkeit, das alles ist bereits mehr als nur das Schaumspitzen der Freiheit, mehr als eine Revolte, es ist die Revolution, welche, falls sie ungehemmt fortgeschritten darf, schließlich, wenn überhaupt, nur noch in einem Meer von Blut und Tränen erstickt werden kann.

Es wird dann den deutschen Fürsten zum Vorwurf gemacht, daß sie mit sozialdemokratischen Vorgängern liebäugeln, daß leitende deutsche Staatsmänner der Sozialdemokratie Worte der Anerkennung gewidmet haben und daß bürgerliche Parteien mehr als einmal mit dem Verfall der Sozialdemokratie in dem politischen Kampfe geföhrt haben. Aber dann einen Widerspruch, daß das Zentrum ausgefallen war und dann lediglich aus Verlegenheit gehandelt habe. Von einer Wiederherstellung des Reichs sei bei der sozialdemokratischen Gefahr gar nichts zu erwarten. Der konservative Lager sagt dann seine Forderungen in folgende Sätze zusammen:

Wir bedürfen scharfer, bis zur Vernichtung gehender Ausnahmemaßregeln, wie wir sie ähnlich schon gehabt und in einer unheilvollen Stunde leider nur zu früh wieder aufgegeben haben. Und wir bedürfen zu ihrer Durchführung einer neuen, starken, unerschütterlich festen, selbstbeständigen Regierung, wie sie unser großer Kaiser in der Konfliktzeit in Männern wie Bismarck undoon zur Seite hatte.

Solche hitzigen Dezereten können nur dazu beitragen, die arbeitenden Massen immer wieder daran zu erinnern, daß 1911 gründliche Abrechnung gehalten werden muß.

#### Die Treibereien des Zentrums in Bayern.

Das bayerische Zentrum, das sich in den letzten Wochen bemüht hat, einen heftigen Erregungszustand gegen den Verkehrsminister zu entfachen, hat nun auch noch zwei anderen Ministern den Hebelhandschuh hingeworfen. Die parteilose Zentrums-Parlamentarische Korrespondenz in München verbreitet einen Artikel, in dem die Staatsregierung ermahnt wird, den Ernst der Lage nicht zu verkennen:

Der Minister des Innern hat eine verkehrte Stellung zur Sozialdemokratie eingenommen, indem er durch Gesetz bestimmte, daß Sozialdemokraten nicht grundsätzlich von Gemeindegewählten ausgeschlossen seien, daß man vielmehr die Genußnahme des Einzelnen prüfen solle; jetzt wird jeder einzelne sozialdemokratische Bürgermeister und Adjunkt für geeignet befunden und bestätigt. Der Ministerpräsident hat eine tiefe Verbeugung vor den angeblichen sozialpolitischen Verdiensten der Sozialdemokratie gemacht. Der Verkehrsminister zeigt trotz der Landtagsresolution gegen den Eisenbahnverkehr und seiner eigenen Genußnahme gegen einen solchen eine geradezu auffällige Kontinuität gegenüber der Sozialdemokratie.

Mit diesem Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie, der Todfeindin der Monarchie, muß ein für alle mal gründlich geachteten Staatsminister machen, daß die Staatsregierung eine solche Attentat-Auffassung hat, nicht über allen Zweifel steht. Daß die Krone diese Am Schluß des Artikels wird endlich rund und nett gesagt, was man von der Regierung zunächst verlangt:

Der Kampf geht nicht gegen Personen, die Gegner hiesigen Kampfs gegen das System, welches Staatspräsidenten leben. Es ist ein Kampf um die bisherige Freundschaft in Wort und Tat, welche zu beobachten ist, von der Staatsregierung nicht recht aufzugeben, wenn sie die leiseste Öffnung hätte, daß durch solch braven, dem Verbot des sozialdemokratischen Eisenbahnverbandes entgegen, im Zentrum dem bevorstehenden Feldzug mit sehr gewissten Mitteln entgegen. Sie sehen ein, daß durch alle derartigen Maßnahmen des arbeitenden Volkes nicht getätigt werden können.

#### Parteilosigkeit des reichsländischen Zentrums.

In der Zentrumsparade am Sonntag waren aus dem ganzen Lande die Gruppen scharfenteils in Extrajugend hervorgehoben worden, so daß sämtliche drei Verammlungen überaus waren. Trotz aller Vorkehrungen aber auch diese Veranstaltung den Eindruck nicht verbergen, daß innerlich des elass-lothringischen Zentrums die stärksten Differenzen bestehen.

Während im unteren Saal der Abg. Dr. Vonderweber das Zusammengehen des elass-lothringischen Zentrums mit dem altsächsischen Zentrum feierte, setzte Wetterle in der „französischen“ Verammlung ausdrücklich die Selbstständigkeit des elass-lothringischen Zentrums auf der Grundlage des gemeinsamen Programms auseinander. In der lothringischen Verammlung bekannte sich der Bundesabgeordnete Engel als Nationalist, und richtete heftige Angriffe gegen die Germanisten, während in der „deutschen“ Verammlung der Abg. Haus die Einheitsmeinung und die altsächsischen Verhältnisse gleichmäßig tabelte. Daß der bayerische Zentrumsführer Wacker unentwegt Kaisertrone forderte und die Ansprüche an die Königsberger Kaisertrone mißbilligte, braucht nicht wiederholt zu werden; aber diese Ergebnisse sind doch in einem eigenartigen Widerspruch zu dem Republikanismus, den zur gleichen Zeit im bayerischen Saal die Abg. Wetterle und Engel in Anspruch nahmen. Selbstverständlich verhalten alle Redner, sich demokratisch zu geben, und sowohl der Abg. Haus in der deutschen, wie der Abg. Wetterle in der französischen Verammlung gingen in ihren Ausführungen in der Verfassungstrage von demokratischen Gesichtspunkten aus.

Engagen den Abg. Delfor und Will lehnte auch der Abg. Haus das Pluralwahlrecht ab, da es gegen die Sozialdemokratie doch nichts nuge“, aber beide Redner, Wetterle und Haus, abgesehen die Eintragung einer ersten Kammer auf Grund des bayerischen Wahlrechts.

Der Montag und der Dienstag mit ihren geheimen Verhandlungen sollen für die nächsten Wahlen die „Neuen“ Zentrumsliste, die ihre Erklärung in der demagogischen Politik des Zentrums finden, einstweilen durch feste Parteibestimmungen vertiefen.

#### Pommerische Verammlungs-freieit.

Am 13. Oktober fand in Sigmin eine liberale Verammlung statt. Dort suchte der Dorfschulze die Ehre der konservativen Partei zu retten, indem er dem Lehrer antwortete, „daß er ihm nie mehr einen Gefallen tun werde“, wenn er liberal wähle, und daß er dann auch — seinen „Lohn“ nicht mehr früher bekommen werde!

Am 2. Oktober sollte in Körlin eine sozialdemokratische Verammlung unter freiem Himmel stattfinden; sie wurde unterjagt, „weil sie bei der national geformten Bevölkerung Anstoß erregen würde und sich daraus Unruhen ergeben könnten, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung stören“. Die Polizeiverwaltung zu Publig verweigerte die Genehmigung zur Abhaltung einer öffentlichen Verammlung unter freiem Himmel, weil am betreffenden Tage (26. September) das Johannischschießen der Schützen-gilde stattfand, was an sich schon ein „größeres Zusammenströmen von Menschen“ bedingte! — Pommerische Praxis!

Die Schiffsabgaben. Die Deutsche Tageszeitung festigt die Mitteilung einer parlamentarischen Korrespondenz, daß das Schiffsabgabengesetz erst am 1. Oktober 1911 in Kraft treten könne. Denn wenn auch der Reichstag es Anfang nächsten Jahres erlassen sollte, würden doch die Verhandlungen mit dem Ausland ein früheres Inkrafttreten nicht zulassen. Das Blatt bestreitet es sogar als nicht unwahrscheinlich, daß das Gesetz erst am 1. Januar 1912 in Kraft treten kann.

Vorproble. Zwischen den Parteileitungen der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Partei in der Provinz Hannover haben Verammlungen stattgefunden, die ein tatsächliches Zusammengehen beider Parteien bei den nächsten Reichstagswahlen zum Ziele hatten. Die Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Der Vorstand der nationalliberalen Partei erklärte, er lege keinen Wert darauf, mit den Antiliberalen zusammenzugehen.

Der konservative Vorstoß nach Westen. Zum ersten Male tagte am Sonntag in Duisburg ein konservativer Parteitag, der das Rheinland, der ausfallend stark besucht war. Die Tätigkeit des konservativen Apostels ist danach im Rheinland keineswegs erfolgreich gewesen. Als Vertreter des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie nahm der General v. Liebert an der Tagung teil und hielt dort eine seiner bekannten Scharfmaßerreden. In einer Resolution versprachen die Teilnehmer an dem Parteitag, daß sie mit aller Schärfe gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie kämpfen würden.

Die reichsländische Verfassungsreform soll, wie der Abg. Dr. aus Berlin gemeldet wird, in zwei Schritten sein, daß die Gemeinde in den nächsten Wochen vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesrats übergeben werden können. Einzelne Bedenken die in den letzten Tagen von Mitgliedern der preussischen Regierung noch erhoben worden waren, sind beseitigt worden.

Kleine politische Nachrichten. Nach einem Erlaß des französischen Kriegsministers sind am 28. und 27. Oktober alle Eisenbahnbeamten, die anlässlich des Eisenbahnverkehrs in ausstehenden Einberufen waren, zu entlassen. — In Gießen in der Provinz Preußen wurden mit Senen und Viehen die wackere Landwehr des Rathaus und verprügelt und die beiden Ortsbürgermeister, die Weisger, den Stadtschreiber und die beiden Polizeipostmeister, der Bürgermeister verhaftet und verurteilt. — Von den Demonstranten, die Streueremäßigung verurteilten, wurde der Weigaber Gerichtshof verurteilt, den fribischen Reichmelk-Toborovic wegen Spionagevergehens zu 20 Jahren schwerer Kerker. — Aus Wuld an wird gemeldet: Der Provinzialrat hat beschlossen, die von der regierenden Danasie geschaffenen